

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 10.

Charlottenburg, Freitag, den 7. März 1919.

Jahrg. 46.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern.

Auf Veranlassung der französischen Gewerkschaftszentrale fand im Anschluß an die internationale sozialistische Konferenz in Bern eine internationale Gewerkschaftskonferenz in der Zeit vom 5. bis 9. Februar statt. Gewerkschaftsvertreter aus Frankreich, Schweiz, Deutschland, Deutsch-Oesterreich, Ungarn, Böhmen, Schweden, Norwegen, Dänemark, Griechenland, Kanada, Großbritannien, Holland und der von der italienischen Landesorganisation im Laufe des Krieges abgesplitterten „Union di Lavoro“ nahmen daran teil.

Die Konferenz war keine ordnungsgemäße Tagung des internationalen Gewerkschaftsbundes. Die an ihr teilnehmenden Vertreter waren mit Ausnahme der Schweizer, Franzosen und Italiener auf der internationalen Sozialisten-Konferenz anwesend und waren beauftragt, an der internationalen Gewerkschaftskonferenz sich zu beteiligen, soweit diese nicht Organisationsfragen des internationalen Gewerkschaftsbundes zum Gegenstand ihrer Beratungen machte. An den Vorbesprechungen, die an den Tagen vor der Gewerkschaftskonferenz zwischen den Gewerkschaftsvertretern auf der Sozialisten-Konferenz und den Vertretern des schweizerischen Gewerkschaftsbundes stattgefunden hatten, wurde allseitig zum Ausdruck gebracht, daß die Angelegenheiten des internationalen Gewerkschaftsbundes nur von diesem allein beraten und entschieden werden können. Dementsprechend wurde auch in der ersten Sitzung der Gewerkschaftskonferenz der Vorschlag der Franzosen, die Frage der Sicherlegung des Gewerkschaftsbundes zu beraten, abgelehnt. Die Konferenz setzte aber eine Kommission ein, die über die schnelle Herbeiführung einer neuen internationalen Gewerkschaftskonferenz, in der über die Wiedererrichtung einer aktionsfähigen Internationale beraten werden kann, eine Einigung mit den französischen Delegierten suchen sollte. Das Ergebnis der Kommissionsberatungen wurde in einer von Grünwald-Wien im Auftrage der Kommission vertretenen Resolution niedergelegt. Diese Resolution erklärt, daß der Bestand einer starken internationalen Gewerkschaftsbewegung eine der wichtigsten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse aller Länder sei, und daß daher für die rascheste endgültige Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Internationale eingetreten werden müsse. Die Konferenz forderte die in Amsterdam befindliche Zweigstelle des internationalen Gewerkschaftsbundes auf, im Einvernehmen mit den dem Bunde angehörenden Landeszentralen und der Korrespondenzstelle der Gewerkschaften aus den Weststaaten in Paris auf, schleunigst, spätestens aber bis zum Mai dieses Jahres, eine weitere internationale Gewerkschaftskonferenz einzuberufen mit der Aufgabe, die Geschlossenheit der Gewerkschafts-Internationalen wiederherzustellen. Die Resolution fand die einstimmige Annahme der Konferenz. Wie Dudgeest am Schlusse der Konferenz mitteilen konnte, hatten die inzwischen von ihm mit dem Führer der französischen Landesorganisation, Jouhaux, geführten Besprechungen ein Einvernehmen dahin erzielt, daß die Konferenz des Gewerkschaftsbundes zum Anfang Mai einberufen werden solle.

Die wichtigere Arbeit der Konferenz betraf die Frage eines internationalen Arbeiterschutzes. Bisher lagen zwei solche vor. Das eine war von den Gewerkschaften Englands, Frankreichs und Belgiens in einer Konferenz in Leeds 1916 beschlossen, das zweite ist das vom internationalen Gewerkschaftsbund im

September 1917 in Bern angenommene Arbeiterschutzprogramm. Die Unterschiede zwischen den beiden Programmen sind nicht erheblich, und die Gewerkschaftskonferenz machte es zu ihrer Aufgabe, die Differenzen auszugleichen, um zu einem einheitlichen Programm der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu kommen. Die wesentlichste Differenz bestand in der Frage der Freizügigkeit. In Leeds hatte man das „Recht auf Arbeit“ überall, wo ein Arbeiter Beschäftigung finden konnte, proklamiert und die öffentliche Organisation der Kontraktarbeit als Aufgabe festgelegt. Der internationale Gewerkschaftsbund dagegen beschränkte sich auf die Proklamation der Freizügigkeit und lehnte im Anschluß an frühere Beschlüsse der internationalen Arbeiterkongresse und Gewerkschaftstagungen die Kontraktarbeit ab. Nachdem Jouhaux (Frankreich) erklärt hatte, daß die Franzosen mit ihrer Forderung des Rechts auf Arbeit auch nichts anderes wollen, als was die Deutschen unter dem Begriff der Freizügigkeit verstehen, war der Ausgleich auf der jetzigen Konferenz in Bern schnell herbeigeführt. Die Konferenz übernahm aus dem Programm des Gewerkschaftsbundes den Abschnitt über die Freizügigkeit, ebenso den über das Koalitionsrecht und die Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den einheimischen in allen Fragen des Arbeiterrechts. Ebenso wurde das Verbot der Erwerbsarbeit von Kindern unter 15 Jahren dem Berner Programm entnommen; aber zugleich wurde die Forderung dahin ergänzt, daß die allgemeine Schulpflicht in allen Ländern durchzuführen sei mit dem Ziel, die allgemeine berufliche Bildung vorzubereiten; die höhere wissenschaftliche Bildung müsse allen zugänglich sein. Die Fähigkeiten und Neigungen der jungen Leute dürfen durch ihre materiellen Existenzbedingungen nicht behindert werden.

Der Schutz der Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren wurde im wesentlichen dem Programm des Gewerkschaftsbundes gemäß gefordert. Die Delegation des englischen Gewerkschaftskongresses, die an der Konferenz teilnahm, ließ zu Protokoll erklären, daß sie jedoch nicht das Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen in Bergwerken bei Arbeiten unter Tage gutheißen könne, weil die englischen Bergarbeiter für die Kohlenhauer die rechtzeitige handwerksmäßige Erlernung dieses Berufes durchgeführt haben. Im übrigen stimmten auch die Engländer für den geforderten Schutz der Jugendlichen. Ebenfalls wurden die Forderungen über den Arbeiterschutzes in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Gewerkschaftsbundes akzeptiert. Eine von feministischem Geiste diktierte Deklaration der sozialistischen Frauen Schwedens gegen ein Verbot der Nachtarbeit der Frauen in Betrieben, wo Männer des Nachts arbeiten dürfen, wurde zur Kenntnis genommen, aber ohne weitere Beachtung gelassen.

Sinsichtlich der Forderung eines Maximalarbeitstages ging die Konferenz über die früheren Programme von Leeds und Bern hinaus, indem sie den sofortigen Uebergang zum Achtstundentag oder zur 48stündigen Arbeitswoche forderte. Dieser Beschluß wurde damit motiviert, daß heute, nachdem der Achtstundentag durch die Revolution in einer Reihe von Ländern zur geschlichen Tatsache geworden ist, und nachdem er in England auf gewerkschaftlichem Wege ebenfalls im wesentlichen durchgeführt wurde, könne von einem längeren Uebergangsstadium nicht mehr geredet werden; darüber bestand vollständige Einmütigkeit auf der Konferenz; ebenso in der Forderung des Verbots der Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf Nachtarbeit angewiesen sind. Ein englischer Antrag, dem Programm einzu-

fügen, daß der freie Samstagnachmittag in allen Ländern anzustreben ist, fand einstimmige Annahme.

Die Forderungen des Gewerkschaftsbundes bezüglich einer zusammenhängenden Ruhepause von 36 Stunden wöchentlich wurden übernommen. Die Forderungen, betreffend Hygiene und Unfallverhütung, Heimindustrie, Sozialversicherung, Seeleute, Gewerbeaufsicht usw., wurden ebenfalls übernommen. Darüber hinaus stellte die Konferenz die Forderung auf, daß in allen Arbeitsgebieten, in denen der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters oder einer Arbeiterin zu einer gesitteten Lebensführung nicht hinreicht und in denen der Abschluß von Lohnvereinbarungen durch Arbeiterverbände sich als unmöglich erweist, paritätisch zusammengesetzte Lohnämter zu errichten sind, mit der Aufgabe, rechtsverbindliche Lohnsätze aufzustellen.

Eine Neugestaltung erfuhr das Programm des Gewerkschaftsbundes hinsichtlich der weiteren Forderungen des internationalen Arbeiterschutzes. Die früheren Programme von Leeds und Bern verlangten die Einsetzung des Arbeitsamts der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz als internationale Zentralstelle für den Arbeiterschutz. Dagegen machten sich auf der jetzigen Konferenz in Bern Bedenken geltend. Man war der Auffassung, daß die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz nicht unter die Kontrolle der Regierungen gebracht werden dürfe, sondern eine freie Organisation für soziale Forschungsarbeiten bleiben müsse. Andererseits wurde besonders von den Engländern und Franzosen, denen sich in der Kommission Jansson (Deutschland) angeschlossen, geltend gemacht, daß der internationale Arbeiterschutz in der Zukunft dem Einfluß der Bürokratie nach Möglichkeit entzogen werden müsse. Das neue Berner Programm enthält dementsprechend die Forderung, daß die vertragschließenden Staaten eine ständige Kommission errichten sollen, die zu gleichen Teilen aus Vertretern des Völkerbundes und des internationalen Gewerkschaftsbundes bestehen soll. Diese Kommission soll die von den Vertragsmächten beschickten, alljährlich abzuhaltenden internationalen Arbeiterschutzkongresse vorbereiten und berufen. Die Hälfte der stimmberechtigten Teilnehmer an diesem Kongresse muß aus Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jedes Landes bestehen und die Kongresse sollen im Rahmen der ihnen zugewiesenen Kompetenzen bindende Beschlüsse fassen können. Die ständige Kommission wiederum soll in dauerndem Zusammenwirken mit dem internationalen Arbeitsamt in Basel und dem internationalen Gewerkschaftsbund bleiben.

Das solchermaßen umgearbeitete internationale Arbeiterschutzprogramm der Gewerkschaften wurde auf der Konferenz von Jansson im Auftrage der Kommission begründet und fand nach kurzer Diskussion einstimmige Annahme. Ein Referat zum gleichen Thema hatte Jouhaux (Frankreich) übernommen, der eine Proklamation an die Arbeiter aller Länder vorlegte, welche von der Konferenz einstimmig angenommen wurde. Diese Proklamation weist die Arbeiter auf die Notwendigkeit der internationalen Sozialreform und auf die noch größere Notwendigkeit der Beseitigung der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen hin. Die Arbeiter müssen eine internationale Organisation der Arbeit anstreben, sich ein Mindestmaß von Garantien moralischer und materieller Art sichern und so die Neuordnung vorbereiten, der die Arbeiterwelt zustrebt.

Einem Antrage der Franzosen gemäß nahm die Konferenz zur Frage des Völkerbundes Stellung. Die von Rube (Deutschland) im Auftrage der Kommission vertretene Resolution stellt sich auf den Boden eines Bundes der Völker, der Freiheit, Gerechtigkeit und die Beseitigung der Kriege bezweckt und alle wirtschaftlichen und politischen Trennungen der Völker beseitigt.

Eine zweite Resolution der französischen Delegierten wurde ebenfalls einstimmig angenommen; sie entbietet den Revolutionen, die in vielen Ländern die Throne stürzten und die Herrschaft der Bourgeoisie beseitigten, den Gruß der Konferenz. Die Konferenz ehrt das Andenken der Millionen Arbeiter, die in allen Ländern auf den Schlachtfeldern fielen als Opfer derjenigen, die die Gewalt der Waffen dem Völkern entgegensetzten.

Im Verlaufe der Konferenz richtete Jansson (Deutschland) an die Delegierten der englischen und französischen Gewerkschaften die Anfrage, welche Stellung sie einnehmen zu der Verschärfung der deutschen Kriegsgesetze in Frankreich und zu der Aufrechterhaltung und Verhängung der Blockade gegen Deutschland, durch welche die deutschen Arbeiter zur Arbeitslosigkeit und zum Hunger verurteilt werden. Jouhaux (Frankreich) gab hierauf die Erklärung ab,

„daß, trotzdem die Frage heikel sei, er doch erklären müsse, daß die französische Delegation in keinem Falle billige, daß ein siegreiches Land ein besiegtes Land dem Hunger aussetze und die

Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit verwende. Unsere Sympathie gilt dem deutschen Volke ebenso wie allen Völkern. Das Elend des deutschen Volkes läßt uns nicht gleichgültig. Allein die Deportationen in Belgien und Nordfrankreich und die Behandlung der russischen Kriegsgefangenen nach dem Frieden von Brest-Litowsk erschweren unser Vorgehen, das wir gegenüber unserer Regierung einschlagen wollen. Mit diesen Schwierigkeiten muß ganz besonders gerechnet werden angesichts der Zerstörungen in Belgien und Nordfrankreich. Ich wiederhole jedoch in bestimmter Weise, daß nach unserer Ansicht ein siegreiches Volk ein besiegtes Volk nicht zu Hunger und Zwangsarbeit verurteilen darf. Dies wollen wir ohne jede Zweideutigkeit erklärt haben“.

Beunung (England) schloß sich dieser Erklärung an und bemerkte:

„Die Ereignisse des Krieges haben im englischen Volke große Entrüstung gegen das deutsche Volk hervorgerufen. Die englischen Gewerkschaften werden trotzdem alles tun, um die Deutschen nicht der Zwangsarbeit auszusetzen und in den Hunger zu treiben. Die Revolution in Deutschland hat eine Änderung gebracht. Die englischen Gewerkschaften wollen heute einen baldigen Frieden der Versöhnung und werden in diesem Sinne tun, was ihnen möglich ist, können aber für die Aufrechterhaltung der Blockade keine Verantwortung übernehmen“.

Die deutsche Delegation erklärte darauf, daß sie eine andere Stellungnahme der Franzosen und Engländer nicht erwartet hätte; sie verwies insbesondere gegenüber den Franzosen auf das erfolgreiche Einschreiten der deutschen Gewerkschaften gegen die Deportationen. Es sei ihnen nicht nur gelungen, die Einstellung der Deportationen herbeizuführen, sondern sie haben auch großen Massen der Deportierten die Rückkehr in die Heimat ermöglicht. Auch hätten sie ihren ganzen Einfluß für die belgischen Arbeiter mit Erfolg eingesetzt.

Damit war auch diese Angelegenheit zu allseitiger Zufriedenheit erledigt. Es darf festgestellt werden, daß auf dieser internationalen Gewerkschaftskonferenz, auf der zum erstenmal wieder die Gewerkschaftsvertreter von hien und drüben zusammen waren, irgendwelche Unstimmigkeiten wesentlicher Art nicht zutage traten. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen lediglich die Formulierung des einen oder anderen Punktes in den Beschlüssen, die aber sämtlich einstimmig gefaßt werden konnten. Mit aller Bestimmtheit kann darauf gerechnet werden, daß die Gewerkschaftsinternationale bei ihrer bald stattfindenden Tagung wieder neu und kraftvoll erstehen wird.

Arbeiterkontrolleure für die Industriebetriebe

sollen infolge der wiederholten Anregungen und Eingaben bei den Bundesregierungen durch die Sozialpolitische Abteilung der Generalkommission jetzt mehr bei der staatlichen Gewerbeaufsicht (Gewerbeinspektion) angestellt werden. Das Volkskommissariat für Arbeit in Braunschweig teilt unter dem 4. Februar d. J. mit: daß seit dem 1. Dezember 1918 zwei aus Arbeiterkreisen hervorgegangene Aufsichtsbeamte beim dortigen Gewerbeaufsichtsamt tätig sind. Eine eventuelle Vermehrung dieser Aufsichtsorgane soll bei einer Erweiterung des Geschäftskreises der Gewerbeaufsicht eintreten. Für die Verwaltungsgemeinschaft der russischen Staaten in Oera wurde durch die Ministerialabteilung des Innern am 13. Februar d. J. hier angezeigt: daß für Ruß ältere und jüngere Linie eine gemeinsame Gewerbeinspektion eingerichtet wurde, wobei die Anstellung von zwei Gewerbesekretären aus den Gewerkschaften in Aussicht genommen ist. Nach einem Schreiben vom 16. Februar d. J. des „Ministeriums für soziale Fürsorge“ in München, sind zurzeit von insgesamt 42 Beamten bei der Gewerbeaufsicht 10 männliche und 6 weibliche Arbeiteraufsichtsbeamte tätig. „Da aber die Gewerbeaufsicht im Interesse des Arbeiterschutzes künftig weit intensiver ausgeübt werden muß“, will das Ministerium für das Jahr 1919 weitere 10 männliche und 3 weibliche Hilfskräfte aus der Arbeiterklasse in dem Stathaushaushalt anfordern. Außerdem wird in diesem Schreiben gesagt, daß die von der Generalkommission angestrebte Änderung der Reichsversicherungsordnung (§ 875), die eine Pflicht der Berufsgenossenschaften zur Anstellung von technischen Aufsichtsbeamten aus der Arbeiterklasse festsetzen soll, die wärmste Unterstützung des Ministers findet. — Anders in Preußen und Lübeck. Wie das Ministerium Sydow für Handel und Gewerbe schon am 9. Juli v. J. zum Ausdruck brachte, soll eine dahingehende Entschliebung, inwieweit den Anregungen entsprochen werden kann, für später vorenthalten bleiben. Auch auf ein Anschreiben an den Minister

r. Fischbed vom 18. November 1918 ist bis zurzeit eine Antwort nicht erfolgt. — Eine analoge Stellungnahme zu dieser Meinung der Gewerbeaufsicht erlaubt sich der Lübecker Senat, der unter dem 19. Februar d. J. mit vielen Worten mitteilt: „daß die Anstellung von Arbeiterkontrolluren hier nach Lage der Verhältnisse zunächst nicht in Betracht kommt“. Der Senat will erst durch die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse die behördliche Betriebsaufsicht fördern und im übrigen die Angelegenheit im Auge behalten.

Aus unserm Berufe.

Die Lage des Arbeitsmarktes in unserer Industrie hat sich im Monat Dezember weiter verschlechtert. Nach den Berichten der Industrie scheint das allerdings nicht zutreffen zu sollen, denn es wird gesagt: Die Porzellanfabriken scheinen noch ebenso gut wie im Vorjahre beschäftigt zu sein. Das trifft jedoch nicht zu, denn die gestiegene Zahl der Arbeitslosen, die auf Grund unserer Erhebung ermittelt worden ist, beweist. Von unseren Mitgliedern sind im Dezember 521 männliche und 590 weibliche, zusammen 1111. Im November betragen diese Zahlen 171 männliche und 371 weibliche, zusammen 542; im Oktober 52 männliche, 206 weibliche, zusammen 258. Die Verhältniszahlen betragen im Oktober 4,6 v. H., im November 6,7 v. H., im Dezember 8,3 v. H. Infolge des sich fortdauernd noch verschärfenden Kohlenmangels haben eine Anzahl Betriebe die Arbeiter vorübergehend aussparen lassen; ein bedauerlicher Zustand, der immer noch dauert. Es ist leider keine Aussicht vorhanden, daß in aller nächster Zeit eine wesentliche Besserung dieser Verhältnisse eintreten könnte. Die Mitgliederzahl ist im Dezember auf 14 792 gestiegen, gegenüber 8321 im November; das ist ein Mehr von über 6500 Mitgliedern. Inzwischen dürften wir die Zahl von 10000 Mitgliedern ziemlich erreicht haben. So erfreulich diese Tatsache an sich ist, so wenig darf sie uns Anlaß sein, in der Agitation nachzulassen. Noch gilt es, immer weitere Tausende unserem Verbande einzureihen, wenn wir den größten Teil aller in den keramischen Betrieben beschäftigten Organisationsfähigen in unseren Reihen versammeln wollen. Der größte Teil aller Gewerkschaften hat die höchste Mitgliederziffer aus der Zeit vor dem Kriege schon überschritten. Wir sind in der angenehmen Lage, unserem Verbande dasselbe sagen zu können. Die Arbeiter in der keramischen Industrie sind an dem allgemeinen gewerkschaftlichen Aufschwung, der nach der Revolution einsetzte, im prozentualen Verhältnis gleichmäßig beteiligt.

Aus Oberfranken wird uns geschrieben: Herauszu kommen dem Dilemma der Arbeitslosigkeit und Unternehmungsunlust das Bestreben aller Kreise, der Behörden wie Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Viele Industrien haben große Mühe, sich umzuwenden und Absatzmöglichkeit zu suchen. Wo die Möglichkeit des Absatzes vorhanden, da hindert die Zuführung der Rohstoffe oder Störungen im Verkehrswesen diese Industrien ungemein.

Das trifft besonders auf die Porzellanindustrie zu. Große Aufträge des Inlandes und auch des Auslandes harren der Erfüllung. Rohstoffe stehen in großem Maße im Inlande zur Verfügung, und die noch fehlenden können leicht vom nahen Ausland erreicht werden. Nur der notwendigste Rohstoff, die Kohle, fehlt diesen Betrieben. Schon während des Krieges wurde die Porzellanindustrie in der Versorgung mit Kohle recht kümmerlich behandelt, und vor allem die bayerische Industriegruppe. Schon, ja monatelang mußten die Arbeiter und Arbeiterinnen warten, um in erhöhtem Maße der Rüstungsindustrie Kohle zuzuführen zu können, weil sie als vordringliche Industrie zu bezeichnen sei.

Nunmehr gilt es aber, dem Volke Lebensmittel zuzuführen, die Industrie mit Rohprodukten zu versehen. Der Wert unseres Geldes ist im Auslande tief gesunken und nur die Ausfuhr von Industrieprodukten ist in der Lage, einen Ausgleich herbeizuführen. Doch nur wenige Industrien sind in der Lage, auszuführen, und zu den wichtigsten unter diesen gehört wohl mit Sicherheit die Porzellanindustrie. Der Export bei einzelnen Betrieben beträgt allein 50 bis 80 Prozent der Gesamtzeugung. Während des Krieges wurde nach der Schweiz, Holland usw. ausgeführt, und auch heute herrscht eine große Nachfrage nach diesen Artikeln. Gegenüber doch in der Porzellanindustrie Aufträge für zwei bis drei Jahre in den Betrieben vor. Diese können nicht ausgeführt werden, weil die so notwendige Kohle fehlt. Die Betriebe sind nur auf 10 Proz. ihres Friedensbedarfs an Kohle zurzeit versehen. Will nun die Reichsregierung und unsere Staatsregierung bald dem Dilemma der Lebensmittelknappheit und des Rohstoffmangels herauskommen, so müssen sie vordringlich solche Betriebe

unterstützen, welche sofort und in größerem Maße in der Lage sind, die Ausfuhr aufzunehmen, und dazu gehört die Porzellanindustrie.

Hat man nun während des Krieges die Rüstungsindustrie vordringlich mit Kohle versehen als kulturzerstörenden Faktor, so muß doch jetzt wohl daran gedacht werden, solche Industrien als vordringliche zu betrachten, die Werte schaffen können zur Linderung der Not des Volkes durch Gewährung von Gegenwerten für Austauschwaren. Nur so wird es möglich sein, unsere wirtschaftliche Lage zu bessern und die Arbeitslosigkeit nach und nach zu beseitigen. Es würden nicht nur alle Porzellanarbeiter Beschäftigung erhalten, sondern auch viele Arbeiter und Arbeiterinnen anderer brachliegender Industrien.

Es wäre ein großes Unrecht, wenn unsere Regierung solchen vordringlichen Produktionsmöglichkeiten nicht die Hand bieten würde durch vordringliche Belieferung mit Kohle. Es gilt, wieder stufenweise den Aufbau unserer Industrie aufzunehmen, und da gilt es wohl vorerst, die exportierenden in erhöhtem Maße zu berücksichtigen. Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen Oberfrankens und der Oberpfalz und eine sonst blühende Industrie wartet sehnsüchtig auf die Hilfe der Staats- bzw. Reichsregierung.

Erhöre die Regierung den Notschrei einer schon während des Krieges schwer gedrückten Arbeiterschaft und helfe durch vordringliche Versorgung mit Kohlen die größte Not dieser Industriearbeitergruppe zu lindern. Was die Tuberkulose als Berufskrankheit nicht hinwegraffte, hat Not und Entbehrung bei der so arg bedrückten Arbeiterschaft nun ganz vollendet. Wer kennt nicht die Opfer der Grippe in Selb? Erschreckend sind die Ziffern, und ist schnelle Hilfe dringend vonnöten, soll nicht eine Berufsgruppe vollständig dem Aussterben anheimfallen. Die Kohlenfrage ist die Lösungsfrage in der Porzellanindustrie, und zwar die vordringlichste in den nächsten Tagen.

Stadtilm. Dem „Saalfelder Volksblatt“ zufolge wird in Stadtilm der Bau einer neuen Porzellanfabrik auf genossenschaftlicher Grundlage geplant. Grund und Boden sollen bereits zur Verfügung stehen, 60 000 Mk. sollen bereits als Anteile gezeichnet sein. Der Anteil ist auf 300 Mk. festgesetzt. Interessenten können zu jeder Zeit als Mitglieder beitreten.

Strehla a. Elbe. Wie uns mitgeteilt wird, ist bei der Firma Goetsch, Ofen- und Tonwarenfabrik, das Geld knapp geworden, so daß die Lohnzahlungen nicht mehr pünktlich und vollständig erfolgen können. Weil diese Firma wiederholt schon in unserem Blatte Arbeitskräfte gesucht, fühlen wir uns verpflichtet, unseren Mitgliedern davon Kenntnis zu geben.

Suhl. Es wird uns von dort berichtet, daß bei der Firma Erdmann Schlegelmilch einige frühere Kollegen, die in Beamtenstellungen aufgerückt sind, der Sortiermeister, der Druckermeister und der Musterkopierer, sich nach alter Manier bei ihrem „Brotgeber“ dadurch Liebkind zu machen suchen, daß sie gegen unseren Verband arbeiten und die Mitglieder abwendig zu machen suchen. In einzelnen Fällen soll ihnen das auch bereits gelungen sein. Für den Fall, daß die Genannten ihr unsauberes Handwerk fortsetzen sollten, will die Zahlstelle bei passender Gelegenheit näher auf diese zurückkommen. Vor allen Dingen wollen alle Kollegen und Kolleginnen in Suhl davon gebührend Notiz nehmen, um ihr Verhalten gegen diese entsprechend einrichten zu können. Wir möchten noch anfügen, daß erwartet werden muß, daß die Porzellanarbeiterschaft von Suhl diesen Patronen das Handwerk zu legen verstehen wird. Heute sollte nachgerade jeder Arbeiter und jede Arbeiterin wissen, daß die berufliche Organisation der einzige Halt ist, den sie im wirtschaftlichen Leben finden. Sofern die Arbeiterschaft bei dieser Firma nur einigermaßen zusammenhält, dann dürfte den drei „früheren Kollegen“ sehr bald die Luft vergehen, sich auf Kosten der Arbeiterschaft beim Prinzipal anzuschmieren.

Triptis. Alle in der hiesigen Porzellanfabrik beschäftigten bisherigen Unorganisierten sind bis auf einige wenige unserem Verbande als Mitglieder beigetreten. Der erste greifbare Erfolg der Organisation ist auch bereits zu verzeichnen, indem es dem Arbeiterausschuß, im Verein mit dem Gauleiter, Kollegen Karl, gelungen ist, die zwischen der Unternehmerorganisation und unserem Verbande getroffenen Vereinbarungen auch für den hiesigen Betrieb durchzuführen. Hoffentlich gelingt es, auch die letzten Unorganisierten noch für unseren Verband zu gewinnen, was im Interesse der gesamten Arbeiterschaft des Betriebes sehr zu begrüßen wäre. Einige unliebsame Erscheinungen, die heute zu verzeichnen sind, würden bei einer reiflich organisierten Arbeiterschaft wahrscheinlich auch noch verschwinden. So kommt es heute noch vor, daß Arbeiter 72 Stunden pro Woche arbeiten, trotz des gesetzlichen Achtstundentages, während in allen übrigen Abteilungen nur

37 Stunden gearbeitet wird, und mehr als 50 Kollegen, die vor dem Kriege in der Fabrik beschäftigt waren, noch nicht eingestellt werden konnten. Organisierte Arbeiter, die wissen, was die Organisation erstrebt, fühlen sich gegenseitig solidarisch verbunden, beanspruchen nicht persönliche Vorteile auf Kosten der übrigen Arbeiterschaft, sondern bemühen sich, im Verein mit ihren Kollegen die Gesamtverhältnisse zu bessern, und damit auch die eigene Lage. Deshalb rufen wir den Lezten, die den Weg zu unserem Verbands noch nicht gefunden haben, zu: Kollegen, lernt die Zeit begreifen, in der Ihr lebt, schließt Euch Euren bereits organisierten Kollegen an und arbeitet gemeinschaftlich mit diesen an der Verbesserung Eurer Lage.

Quittung.

Für unseren alten Kollegen August Freund gingen folgende Beträge ein:

Zahlstelle Berlin: 25,— Mk.; Zahlstelle Charlottenburg: 20,— Mk.; Zahlstelle Glinshorn: 20,— Mk.; Zahlstelle Goldblauer: 5,— Mk.; Zahlstelle Sophienau: 20,— Mk. K. V. B., Ch.: 30,— Mk. Gottfried Schönborn, Fauer: 3,— Mk. Summa: 123,— Mk.

Den Gebern besten Dank.

Für die Zahlstelle Bunzlau: Heinrich Wagner, Sprottauert. 3.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin. Sonnabend, den 15. März, abends 7 Uhr: Zahlstellenversammlung im Gewerkschaftshaus (Saal III), Engel-Ufer 15.

Donnerstag, den 6. März, abends 7 Uhr: Verwaltungssitzung im Bureau.

Montag, den 10. März, abends 7 Uhr: Figurenbranche bei Rollschläger, Adalbertstr. 21.

Sonn. Sonntag, den 9. März, nachmittags 4 Uhr, im „Volks- haus“, Sandkaule 13.

Charlottenburg. Freitag, den 14. März, abends 7 Uhr, im Volks- haus, II. Saal. Wichtige Tagesordnung.

Fraureuth. Sonnabend, den 15. März, abends 8 Uhr, bei Roll- stadt, Restaurant. Tagesordnung sehr wichtig.

Geringswalde. Sonnabend, den 15. März, abends 1/8 Uhr, in Kaufmanns Restaurant, Obere Hauptstraße. Das Erscheinen aller, be- sonders der weiblichen Mitglieder, ist dringend notwendig.

Königszell. Sonnabend, den 15. März, abends 7 Uhr, im Gast- hof „Preussische Krone“ (Saal).

Meißen. Die für Sonnabend, den 8. März, geplante Versamm- lung findet erst Sonnabend, den 15. März, abends 7 Uhr, im Gewerk- schaftshaus statt. Tagesordnung: Bringt uns die Vereinerung der Zahl- stellen Dresden und Meißen einen Vorteil? Referent: Kollege Uhl- mann. Anschließend Aussprache und eventuell Beschlusfassung. Die Kollegen aller Betriebe werden gebeten, für einen guten Besuch dieser Versammlung zu wirken. Die Verwaltung.

Reuseltwitz. Dienstag, den 18. März, im „Deutschen Kaiser“.

Reuseltwitz. Sonnabend, den 8. März, bei Goldk., Bül- stringerstr. 8.

Spandau, den 12. März, nachmittags 4 Uhr, Bicheldorferstr. 5.

Liefernurt. Sonnabend, den 8. März, abends 8 Uhr, in der Brauerei (lange Straße). Tagesordnung: 1. Verwaltungswahl. 2. Be- schlusfassung über Stiftungsfeier und Aufführung eines Theaterstücks. 3. Geschäftliches und Verschiedenes.

Triptis. Sonnabend, 8. März, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“.

Sterbetafel.

Mölan. Fritz Müller, Dreher, geboren am 27. Dezem- ber 1886 in Ludwigsdorf, gestorben am 4. Jan. an Lungentuber- kulose. Mitglied seit 1904.

Königszell. Thomas Blaschki, Glühfüller, geboren am 20. Dezember 1869 in Prajscha, gestorben am 9. Januar an Lungenkatarrh. Mitglied seit Gründung der Zahlstelle 1917.

Regensburg. Martin Adermann, Dreher, geboren am 19. August 1886 in Schönbach, gestorben am 30. Januar an Lun- gentuberkulose. Mitglied seit 1903.

Altwasser. Josef Köth, Maler, geboren am 15. August 1869 in Leichnam, gestorben am 2. Februar an Herzschwäche. Mitglied seit 1916.

...rem Andenken!

Adress-Veränderungen.

Wien. Vorsitzender: Franz Jallenstein, Ehrenfeld, Subbelrather- straße 208, II; Schriftführer: Anna Keitel, Kaiserstr. 5; Kassierer: Ernst Stelz, Trautsonstr. 20, III; Revisoren: Otto Kori, Gerson- wühlengasse 2, und Wilhelm Eberbach, Eigelstein 41, II.

Meißen (S.-A.). Vorsitzender: Adolf Thamm, Boderhauer- gasse 17. Schriftführer: Carl Töpel, Boderhauerstraße 21. Kassiererin: Frida Kaiser, Gartenstr. 5. Revisoren: Albin Scheffel, Fasanenstr. 24; Friedrich Klop, Fasanenstr. 8; Ernst Weber, Fasanenstr. 20.

Schwarzenbach a. Saale (Oberfranken). Vorsitzender: Ant- hauriedel, Drhr., Kirchenlamikerstr. 414. Schriftführer: Fritz Stein- ml., Karlsru. 403. Kassierer: Hans Seidel, Schlr., Karlsru. 404. Revi- foren: Richard Köhler, Ml., Schneidersberg 308; Anna Hornische- Dreherin, Uferstraße.

Selb (Oberfranken). Vorsitzender: Erhard Metz, Geschäftsführer- Gartenstr. 31. Schriftführer: Oskar Schramm, Ml., Gartenstr. 31. Kassierer: Arthur Wlendorf, Gartenstr. 31. Revisoren: August Bittelsbacherstr. 3; Paul Haubner, Drhr., Weiskemacherstraße; Ka- Büttner, Fgbr., Sedanstr. 60; Friedrich Reinhold, Drhr., Gartenstr. 6.

Weiden (Oberpfalz). Vorsitzender: Hans Schmidt, Maler, Pre- saterstr. 12 1/2. Schriftführer: Hans Preiß, Maler, Pressaterstraße 12 1/2. Kassierer: Hans Schierl, Maler, Replerstr. 114 1/2. Revisoren: Franz Mörtl, Dreher, Mooslohnstr. 114 1/2, Wilhelm Schläger, Maler, Unterer Markt 114, und Georg Zehrer, Maler, Unterer Markt 114.

Teltow.

Am Sonnabend, den 8. März, von abends 7 1/2 Uhr ab, findet unser diesjähriges Zahlstellenvergügen statt im Gasthaus „Zum weißen Schwan“. Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen sind hierzu herzlich eingeladen. Die Zahlstellenverwaltung.

Teltow.

Kollegen, die noch im Besitz von Bibliotheksbüchern sind, werden hierdurch nochmals aufgefordert, dieselben sofort nach hier- ein zu schicken zu wollen. Die Zahlstellenverwaltung. S. N.: Otto Heinrich, Schriftführer.

Arbeitsmarkt.

Dreher

für Becher, Schalen und Teller werden für sofort gesucht. Porzellanfabrik Königszell, Königszell i. Sa.

Mehrere tüchtige Scheibentöpfer

„Freidreher“ für dauernd gesucht. Ofenfabrik Saxonia G. m. b. H., Kochgeschirr-Abteilung, Meißner-Str.

Tüchtiger erfahrener Gießer,

gut eingearbeitet auf Ia Gipsfiguren gesucht. Off. an die Arbeitsnachweis Berlin SO. 26, Nauhuferstr. 85.

Maler für Aekanten

werden bei sofortigem Eintritt gesucht. Ludwigsburger Manufaktur, Ludwigsburg (Württemberg).

Geübter Brenner mit langjähriger Tätigkeit in Wandplatten- fabrik sucht Stellung in solcher oder Steingutfabrik. Gefl. Angebote unter M. G. 100 an die Geschäftsstelle „D. Ameise“.

Gießerinnen und Verputzerinnen

gesucht. Schlesische Porzellanfabrik, G. m. b. H., Liefernurt, Bahnstation Rauscha, O.-L.

Geschäfts-Anzeigen.

Bersorge dich, wer kann, mit Schwämmen,

da nicht nur in Deutschland, sondern auch bei den Neutralen kein Wa- rat, und viele Monate vergehen, ehe neue Importen hereinkommen. Offeriere Bismarck, Lebantiner, Hardhead, Schwämme für Dreher, Ga- nierungs- und Brenneisenschwämme in diversen Größen und Preislagen. Versand nur in ganzen Partien; Probefendungen nicht unter 200 Pf.

H. Michelson, Schwammgroßhandlung
Berlin C. 25, Frenzlauerstraße 42.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung. Oskar Rottmann, Stadtilm.

Goldflaschen, alle goldhaltigen Malrückstände

kauft bei schneller, reeller Bedienung höchstzahlend. Für 5- und 10 Gramm-Flaschen mit Stöpsel zahle 4 Pf. pro Stück. A. Langhammer, Willau bei Zwickau, Sa.

Alle Malrückstände, Goldflaschen, goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel usw. kauft zu höchsten Preisen. Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32, Schnelle, reelle Bedienung.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. dertv. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.